

Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 110

Sophie, Rupert, Isidor – Dienstag, 15. Mai 2018 – Pachomius

1,50 € / B 4428 A

LOKALES

Thema Zuwanderung:
CSU Landshut-Stadt berät
über 10-Punkte-Plan **23**

REGIONALES

Straubinger Kinder-Uni
beliebt, sinkendes Interesse
in Regensburg **12**

DIE SEITE DREI

Zu viele Fälle, zu wenig
Personal: Jugendämter
sind laut Studie überlastet

WIRTSCHAFT

Energieexpertin rechnet
mit weiterhin steigenden
Preisen für Erdöl **7**

SPORT

Özil und Gündogan als
Wahlkampfhelder für den
türkischen Präsidenten **39**

Israel und USA feiern Botschaftseröffnung in Jerusalem

Mehr als 50 Tote bei Protesten im Gazastreifen
Türkei und Palästinenser sprechen von Massaker

Jerusalem. (dpa) Die international umstrittene Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem hat am Montag massive Zusammenstöße zwischen Palästinensern und der israelischen Armee mit Dutzenden Toten ausgelöst. Im Gazastreifen wurden bei Protesten am Grenzraum mindestens 52 Palästinenser von Soldaten erschossen, mehr als 2400 Menschen wurden verletzt, wie die Gesundheitsbehörde in Gaza mitteilte. Die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt löste bei den Palästinensern Zorn aus, in Israel sorgte der Schritt dagegen für Genugtuung.

US-Präsident Donald Trump äußerte in einer bei den Feierlichkeiten in Jerusalem übertragenen Videobotschaft die Hoffnung, dass es nun Frieden geben werde. Trump hob die Freundschaft zwischen den USA und Israel hervor, erwähnte mögliche Rechte der Palästinenser jedoch nicht. „Israel ist eine souveräne Nation mit dem Recht, seine Hauptstadt selbst zu bestimmen“, sagte Trump. Die Palästinenser beanspruchten den Ostteil der Stadt als Hauptstadt eines künftigen Staates. An der Zeremonie nahmen 800 Gäste teil, darunter US-Finanzminister Steven Mnuchin, Präsidententochter Ivanka Trump sowie ihr Mann und Trump-Berater Jared Kushner.

Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu bezeichnete die Eröffnung der Botschaft als „glorreichen Tag“. Israel habe „keine besseren Freunde auf der Welt“ als die USA.

„Danke, Präsident Trump, dass Sie den Mut hatten, ihre Versprechungen einzuhalten!“ Es sei auch „ein großer Tag für den Frieden“, sagte Netanyahu. „Ein Frieden, der auf Lügen basiert, kann nur an den Felsen der nahöstlichen Realität zerschellen. Und die Wahrheit ist, dass Jerusalem immer die Hauptstadt des jüdischen Volkes bleiben wird.“

Der palästinensische Gesundheitsminister Dschawad Awad warf Israel in Ramallah ein „Massaker an unbewaffneten Demonstranten“ vor. Russland sieht angesichts der Verlegung der US-Botschaft den Frieden in Gefahr. Die Türkei sprach von einem „Massaker“. Deutschland und Frankreich mahnten zur Mäßigung. Das Terrornetzwerk Al-Kaida rief zum Heiligen Krieg auf.

Im Gazastreifen protestierten Zehntausende Menschen. Israeliische Soldaten erschossen Palästinenser, die sich dem Grenzraum zu sehr näherten oder ihn beschädigen wollten. Die israelische Armee warf den Palästinensern „beispiellose Gewalt“ vor. Sie hätten Soldaten mit Brandbomben und explosiven Gegenständen beworfen. Auf Fotos waren junge Palästinenser mit Steinschleudern und brennende Autoreifen zu sehen. Die israelische Luftwaffe habe zudem Posten der im Gazastreifen herrschenden radikalislamischen Hamas angegriffen. Damit habe die Armee auf Beschuss von dort auf Soldaten reagiert. Auch in Ramallah im Westjordanland nahmen Tausende Palästinenser an einem Protestmarsch teil.



TROTZ BAUBOOMS IMMER NOCH ZU WENIG NEUE WOHNUNGEN: In Bayerns Städten und Kommunen werden derzeit so viele Wohnungen gebaut wie lange nicht – dennoch steigen Mieten und Kaufpreise scheinbar unaufhaltsam. Die Politik könnte mehr tun, meinen die Wohnungsunternehmen. Foto: dpa

► Seite 7

Grundwasser braucht Atempause

Pressekonferenz zu Trinkwasser und Massentierhaltung im Landkreis

Landshut. (skl) Mit einer durchaus aufwendigen Aktion hat das landkreisweite Schutzbündnis Tier und Umwelt Landshut auf die Belastung des Grundwassers in der Region durch intensive Landwirtschaft, speziell die Massentierhaltung, hingewiesen. Per Blitzkamera wurde der Text „Massentierhaltung im Landkreis Landshut zerstört unser Trinkwasser“ auf das Kanzleramt in Berlin, das Landratsamt, das Rathaus in Hohenthann und das Silo eines Schweinemastbetriebs projiziert. Bei einer Pressekonferenz im Landshuter Gasthof „Zur Insel“ erläuterten Vertreter verschiedener Bündnispartner gestern Nachmittag die Hintergründe.

Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung des Trinkwassers durch die Landwirtschaft seien überfällig, waren sich die Teilnehmer einig. Zu ihren Forderungen zählen unter anderem ein sofortiger Stopp für weitere Tiermastplätze im Landkreis,



Die Botschaft an einer Wand des Landratsamts ist klar: Der Landkreis soll möglichst keine zusätzlichen Tiermastplätze mehr erlauben.

und die verpflichtende Kennzeichnung aller tierischen Produkte.

Unbedingt notwendig sei auch eine Orientierung weg vom Weltmarkt in der Landwirtschaft. Die

„Wurzel des Problems“ liege in der Abkehr von der bodengebundenen Tierhaltung, sagte Josef Schmid von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Bayern.

WETTER

Heute



16 | 9

Morgen



15 | 10

Ausführliches Wetter ► Seite 12

Rätsel ► Seite 8

TV-Programm ► Seite 44

Kindernachrichten ► Seite 34

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 0871/8502510

4 195746 601508

Vertriebsservice • 0871/8502410

Fiskus verlangt viel zu hohe Zinsen

Urteil des Bundesfinanzhofs: 0,5 Prozent pro Monat sind heute „realitätsfern“

München. (dpa) Der Fiskus hat die Steuerzahler nach Einschätzung des Bundesfinanzhofs seit Jahren mit weit überhöhten Nachzahlungszinsen geschöpft. Die Zinshöhe von monatlich 0,5 Prozent der Steuerschuld sei heute realitätsfern und verfassungswidrig, teilte der Bundesfinanzhof (BFH) am Montag in München mit. Nachzahlungszinsen werden fällig, wenn das Finanzamt die endgültige Steuerforderung erst mit Verzug stellt.

Eine Grundsatzentscheidung steht indes noch aus. So hatte ein anderer BFH-Senat jüngst noch zugunsten des Finanzamts entschieden. Klarheit soll nun das Bundesverfassungsgericht schaffen, das noch vor Jahresende in ähnlichen Fällen entscheiden soll. Das will

auch das Bundesfinanzministerium abwarten.

Der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) zeigte sich dennoch hochzufrieden mit der aktuellen Entscheidung: „Angesichts des nun Jahre herrschenden Zinstiefs kann man doch keinem Bürger mehr die vom Finanzamt verlangten Zinsen erklären“, erklärte er. Hessen bereite dazu eine Gesetzesinitiative vor.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann und Uwe Feiler forderten eine Senkung der Nachzahlungszinsen auf höchstens 0,4 Prozent im Monat.

Die FDP-Abgeordneten Florian Toncar und Katja Hessel forderten die Bundesregierung auf, „endlich Realität in die Steuerpolitik einkehren zu lassen“.

Allein bei der steuerlichen Betriebsprüfung hat der Fiskus laut BFH in den vergangenen Jahren mehr als zwei Milliarden Euro Zinsen kassiert. Trotz der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank halte der Gesetzgeber an dem Zinssatz aus dem Jahr 1961 fest. Diese inzwischen „realitätsferne Bemessung des Zinssatzes“ verletze den Gleichheitssatz des Grundgesetzes. Foto: dpa



Türken und Briten werden zu Bayern

München. (kna/ker) Vor allem Türken, aber auch immer mehr Briten nehmen die deutsche Staatsbürgerschaft an. 2017 verzeichnete Bayern insgesamt 15638 Einbürgerungen, darunter über 8700 Frauen. Insgesamt entsprechen dies einem Plus von mehr als 1200 gegenüber dem Vorjahr, teilte das Landesamt für Statistik am Montag mit. Über 77 Prozent der Eingebürgerten seien jünger als 45 Jahre. Nach Angaben des Landesamtes behielten 61,5 Prozent der 2017 Eingebürgerten zugleich ihre frühere Staatsangehörigkeit. Mit rund zwölf Prozent stellten türkische Staatsangehörige nach wie vor die größte Gruppe dar. Um so auffälliger ist es, dass bei offiziellen Fototerminen mit dem Minister hauptsächlich Akademiker aus der EU präsentiert werden. ► Seite 9